

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Till Mansmann, Olaf in der Beek, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Katja Hessel, Reinhard Houben, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Ulrich Lechte, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Hagen Reinhold, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Benjamin Strasser, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Stephan Thomae und der Fraktion der FDP

Entwicklungszusammenarbeit mit Sambia überprüfen – Korruption bekämpfen und EU-Kohärenz herstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach schweren Korruptionsvorwürfen gegen die Republik Sambia haben Großbritannien, Schweden, Finnland und Irland beschlossen, in der Entwicklungszusammenarbeit ihre Zahlungen an öffentliche Stellen des Landes auszusetzen. Im konkreten Fall ist der Verbleib von 4,7 Millionen Dollar, die für ein Unterstützungsprogramm für die Ärmsten des Landes bestimmt waren, unklar und Gegenstand von Untersuchungen (www.africa-confidential.com/article/id/12429/Graft_worsens_cash_squeeze).

Das Problem reicht jedoch weit über diesen aktuellen Fall hinaus. Die Bereicherung von Regierungsangehörigen an Hilfsprogrammen für die Ärmsten ist nur eine Ausprägung eines vielschichtigen Phänomens. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegt Sambia im Jahr 2017 Platz 96 von 180. Korruption verhindert maßgeblich die Entwicklung in Sambia und in vielen weiteren afrikanischen Staaten. Im oberen Viertel des Korruptionswahrnehmungsindex befindet sich mit Botswana auf Platz 34 nur ein einziges afrikanisches Land (www.transparency.de/korruptionsindizes/cpi-2017/cpi-ranking-2017/?L=0).

Gute Regierungsführung und eine niedrige Korruptionsrate sind wesentliche Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung. Sie ermöglichen einen funktionierenden Rechtsstaat sowie eine verlässliche Verwaltung und tragen damit zu einem investitionsfreundlichen Klima bei. Eine wesentliche Verbesserung der Lebensumstände von Millionen Menschen in unterentwickelten Ländern ist entscheidend von dringend benötigten Investitionen abhängig.

Korruptionsbekämpfung muss daher ein zentrales Anliegen der deutschen und der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sein. Teil dieses Vorgehens muss die konsequente Ahndung von im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit stehenden Korruptionsvergehen sein. Die Maßnahmen Großbritanniens, Schwedens, Finnlands und Irlands sind hierfür ein gutes Beispiel. Allerdings kann diese Null-Toleranz-Politik nur wirksam sein, wenn sich alle EU-Staaten daran beteiligen.

Die deutsche Bundesregierung muss daher konsequent europäisch und solidarisch handeln. Sie muss ihren Ankündigungen, in der Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Korruptionsbekämpfung dringen zu wollen, konkrete Taten folgen lassen. Nur wenn die europäischen Staaten in der Entwicklungszusammenarbeit nicht gegeneinander ausgespielt werden können, gibt es eine Chance auf echte Veränderungen in Sambia und vielen anderen Staaten Afrikas. Angesichts der gegen Sambia erhobenen schweren Korruptionsvorwürfe muss die Bundesregierung ihre Entwicklungszusammenarbeit mit dem Land auf den Prüfstand stellen und gegebenenfalls ihre Mittel in Abstimmung mit den EU-Partnern einfrieren.

Ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption in Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit ist die Bundesregierung auch den deutschen Steuerzahlern schuldig. Die für den Zeitraum von 2016 bis 2018 für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Sambia zugesagten Mittel belaufen sich laut BMZ auf 97,5 Millionen Euro.

Zur Stärkung der Kohärenz sowie zur Erhöhung der Effektivität der Maßnahmen aller EU-Mitgliedstaaten in der Entwicklungszusammenarbeit ist eine Stärkung der EU-Koordinierungsgremien erforderlich, damit die EU-Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit künftig enger miteinander abstimmen. Dabei sollte den Themen Gute Regierungsführung und Korruptionsvermeidung hohe Priorität beigemessen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in enger Abstimmung mit den EU-Partnern ihre Entwicklungszusammenarbeit mit Sambia zu überprüfen und gegebenenfalls Zahlungen zu konditionalisieren oder zeitweise auszusetzen, bis die Korruptionsvorwürfe restlos aufgeklärt sind und die sambische Regierung effektive Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung ergriffen hat;
2. in enger Abstimmung mit den EU-Partnern auch die für andere Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit vorgesehenen finanziellen Zusagen verstärkt im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung zu konditionalisieren;
3. die EU-Koordinierungsgremien für die Entwicklungszusammenarbeit dahingehend zu stärken und weiterzuentwickeln, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen künftig enger miteinander abstimmen und dabei ein spezielles Augenmerk auf die Themen Korruptionsvermeidung und Gute Regierungsführung in den Partnerländern legen.

Berlin, den 9. Oktober 2018

Christian Lindner und Fraktion